

Politikverdrossenheit oder kritische Demokraten? Eine Analyse der Einstellungen zur direkten Demokratie in Österreich im Lichte von drei theoretischen Ansätzen

Sarah Wirnsberger¹, Max Haller^{1,*}

¹ Institut für Soziologie, Karl-Franzens-Universität Graz, Graz, Austria

* E-Mail: max.haller@uni-graz.at

Zusammenfassung

Wird die direkte Demokratie in Österreich diskutiert, geschieht dies zumeist ohne Einbezug der BürgerInnen als politische AkteurInnen. Auf Basis einer repräsentativen Umfrage aus dem Jahr 2012 (n=2000) wird der Frage nachgegangen, wie sich die öffentliche Meinung in diesem Kontext gestaltet und welche soziodemographischen und politischen Faktoren diese Haltungen begründen. Theoretisch werden drei Ansätze verglichen, die hinsichtlich ihrer Erklärungsleistungen in Konkurrenz zueinander stehen und jeweils andere normative Schlussfolgerungen für sich beanspruchen: *new politics*, *political disaffection* und die *partizipatorische Demokratietheorie*. Dabei zeigt sich, dass keine Theorie für sich einen hohen empirischen Gehalt aufweist, aber jede bestimmte Aspekte erklären kann. Aufgrund der hohen Zustimmung zum Ausbau der direkten Demokratie über alle Bevölkerungsschichten hinweg lassen sich insgesamt nur geringe Erklärungsleistungen auf Basis dieser Modelle erreichen.

Schlüsselwörter

Direkte Demokratie, politische Partizipation, politisches System, politische Einstellung, Österreich

Political disaffection or critical democrats? An analysis of attitudes towards direct democracy in Austria in the light of three theoretical approaches

Abstract

Direct democracy in Austria is usually discussed without including the citizens as relevant political actors. Based on a representative survey (n=2000) conducted in 2012, this paper describes the public opinion vis-à-vis direct democracy and addresses the question of which sociodemographic and political factors influence the support for an extension of direct democracy. Three theoretical approaches are compared with regard to their explanatory potential and normative implications: *new politics*, *political disaffection* and the *theory of participational democracy*. While each explains certain aspects, no theory can claim to offer a comprehensive explanation. Due to the overall high acceptance of direct democracy in the Austrian population only limited explanatory power is attained.

Keywords

Direct democracy, political participation, political system, political attitude, Austria

The authors have declared that no competing interests exist.

1. Einleitung

Sinkende Wahlbeteiligung, abnehmendes Vertrauen in die Demokratie, geringe Zufriedenheit mit den gewählten RepräsentantInnen und Desinteresse an politischen Themen sind Phänomene, die auch in Österreich zu beobachten sind (Pelinka/Rosenberger 2007; für eine positivere Einschätzung vgl. Plasser/Ullrich 2002; Kritzing et al. 2013). Sie treten unter jüngeren, bildungsfernen und sozial schwächeren Gruppen besonders hervor (Hadler 2006; Friesl et al. 2009). Um diesen Entwicklungen entgegenzusteuern, wird eine Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch den Ausbau direktdemokratischer Verfahren diskutiert, auch mit dem Ziel, zusätzliche Legitimationsressourcen für politische Entscheidungen zu gewinnen (Erne 2002; Schiller 2002; vgl. kritisch dazu Schlipphak 2012). Gleichzeitig ist weltweit eine Zunahme der Durchführung von Referenden zu beobachten (Maduz 2010), die oftmals im Kontext einer „partizipatorischen Revolution“ gesehen wird (Kaase 1982; Schaurhofer 1999; Schiller/Mittendorf 2002).

Der Diskurs über die direkte Demokratie findet meist auf mehreren Ebenen statt, die vielfach nicht klar voneinander getrennt werden: beschreibend, theoretisch-erklärend und normativ. Es finden sich zahlreiche Darstellungen der direkten Demokratie, in denen die Ursachen, Entwicklungen und Wirkungen, darunter auch mögliche nicht intendierte Konsequenzen, diskutiert werden (Kampwirth 1999; Pelinka 1999; Höglinger 2008; Scholten/Kamps 2014). Da viele dieser Diskussionen ohne Bezug auf generalisierbare empirische Befunde durchgeführt werden, drehen sich die Argumente vielfach im Kreis, zumal für fast jedes Pro-Argument eine konträre Perspektive vorhanden ist und umgekehrt.

Die Frage, ob mit einem Wandel der Partizipationsstrukturen eine Verbesserung der Demokratiequalität einhergeht, ist keineswegs restlos geklärt. VertreterInnen einer partizipatorischen Demokratietheorie befürworten einen unmittelbaren Einbezug der BürgerInnen in den politischen Prozess, um die ‚vom Volk ausgehende Staatsgewalt‘ angemessen in die Realität umzusetzen. Die direkte Demokratie würde die politische Willensbildung durch das Volk sowie die BürgerInnennähe fördern, wodurch der zunehmenden Politikverdrossenheit entgegengesteuert werden könne. Durch die direkte Demokratie werde es der Bevölkerung bzw. Zivilgesellschaft erleichtert, bestimmte Themen in den politischen Prozess einzubringen (Kitschelt 1996; Rosenberger/Seeber 2007). Gleichzeitig entstünde ein höherer Anreiz, sich über politisch und gesellschaftlich relevante Themen zu informieren, was in einer gesteigerten Sachkompetenz der Bevölkerung resultiere (Bernhard 2012, 51). Positive institutionelle Effekte der direkten Demokratie auf die politische Kultur sollen berücksichtigt werden, wobei auch pädagogisch-bildende Auswirkungen beobachtbar sind (Smith/Tolbert 2004). Weiters wird angeführt, dass in der Bevölkerung der Wunsch nach vermehr-

ten Partizipationsmöglichkeiten und erweiterter Mitbestimmung bestehe (Verhulst/Nijeboer 2007, 10ff.).

Kritische Stimmen zur direkten Demokratie zweifeln vor allem die Sachkompetenz der Bevölkerung bei komplexen Fragestellungen an (Scharpf 1975, 171f.; Schumpeter 1975, 32). Weiters wird die Bedrohung der Rechte von sozialen oder ethnischen Minoritäten als Gefahr gesehen. Gleichzeitig wird befürchtet, dass durch direkte Demokratie eine Dominanz der Interessen politisch aktiver Minderheiten über die ‚schweigende Mehrheit‘ entstehe (Lupia/Matsusaka 2004, 476). Der direkten Demokratie wird soziale Selektivität zugesprochen, wobei niedrige soziale Schichten und Frauen unterrepräsentiert bleiben (Merkel 2014, 12). Problematisiert wird zudem die Rolle der Medien als Stimmungsmacher im (direkt)demokratischen System (Schuck/De Vreese 2011). Gleichzeitig wird eine mögliche Instrumentalisierung durch Parteien und der Einfluss lobbyistischer Interessensverbände herausgestrichen (Müller 1998; Duffek 2007). Schließlich wird den BefürworterInnen der direkten Demokratie (z.B. Habermas 1992) eine Überschätzung der konstitutiven Rolle der Sprache und der öffentlichen Kommunikation und eine Vernachlässigung affektiver und irrationaler Komponenten zugesprochen (Schmidt 1995, 178).

Die vorliegende Analyse bedient sich eines theoretisch inspirierten sozialwissenschaftlichen Zuganges und versucht diesen empirisch umzusetzen. Im Zentrum unserer Analyse stehen folgende Fragen:

1. *Wie steht die österreichische Bevölkerung zur Erweiterung der politischen Partizipations- und Mitbestimmungsrechte? Wie beurteilt sie die Gefahren und Potentiale der direkten Demokratie?*
2. *Welche soziodemographischen Merkmale und politischen Einstellungen der Befragten begründen eine skeptische bzw. positive Haltung zum Ausbau der direkten Demokratie?*
3. *Welche theoretischen Ansätze politischer Partizipation sind am besten geeignet, um die empirischen Befunde zu erklären?*

Der Fokus wird somit auf die BürgerInnen als politische AkteurInnen gelegt und die öffentliche Meinung als wesentlicher Aspekt politischen Kultur betrachtet (vgl. auch Burstein 1998). Gerade in dieser Hinsicht wird ein noch ungenügender Forschungsstand konstatiert (Bowler et al 2007; Donovan/Karp 2006). Zentral ist die Frage, ob es sich bei der Befürwortung der direkten Demokratie um ein Phänomen handelt, das mit Politikverdrossenheit zusammenhängt, also einer allgemeinen Unzufriedenheit mit dem bestehenden politischen System und seinen RepräsentantInnen – einhergehend mit zunehmendem Desinter-

esse an Politik; oder aber ob es um eine kritische Haltung zur derzeitigen Funktionsweise des politischen Systems geht, die verknüpft ist mit politischem Interesse und der Bereitschaft und dem Wunsch, (mehr) zu partizipieren.

2. Direkte Demokratie in Österreich

In modernen Staaten beruhen die Basiselemente politischer Macht zumeist auf Verfassungen der Repräsentation. Die direkte Demokratie erfüllt hier zumeist eine ergänzende Funktion. Es gibt verschiedene Ansätze, die Verfahren und institutionellen Rahmenbedingungen der direkten Demokratie zu typisieren. Zentral dabei sind Fragen nach dem Grad der Verbindlichkeit eines Votums, nach den Personen bzw. Gruppen, welche die Möglichkeit haben, ein direktdemokratisches Verfahren einzuleiten (Auslösungskompetenz) und nach der Bestimmung des Entscheidungsgegenstandes (Walter-Rogg 2008, 239f.). Systematisch ist dies in Übersicht 1 dargestellt.

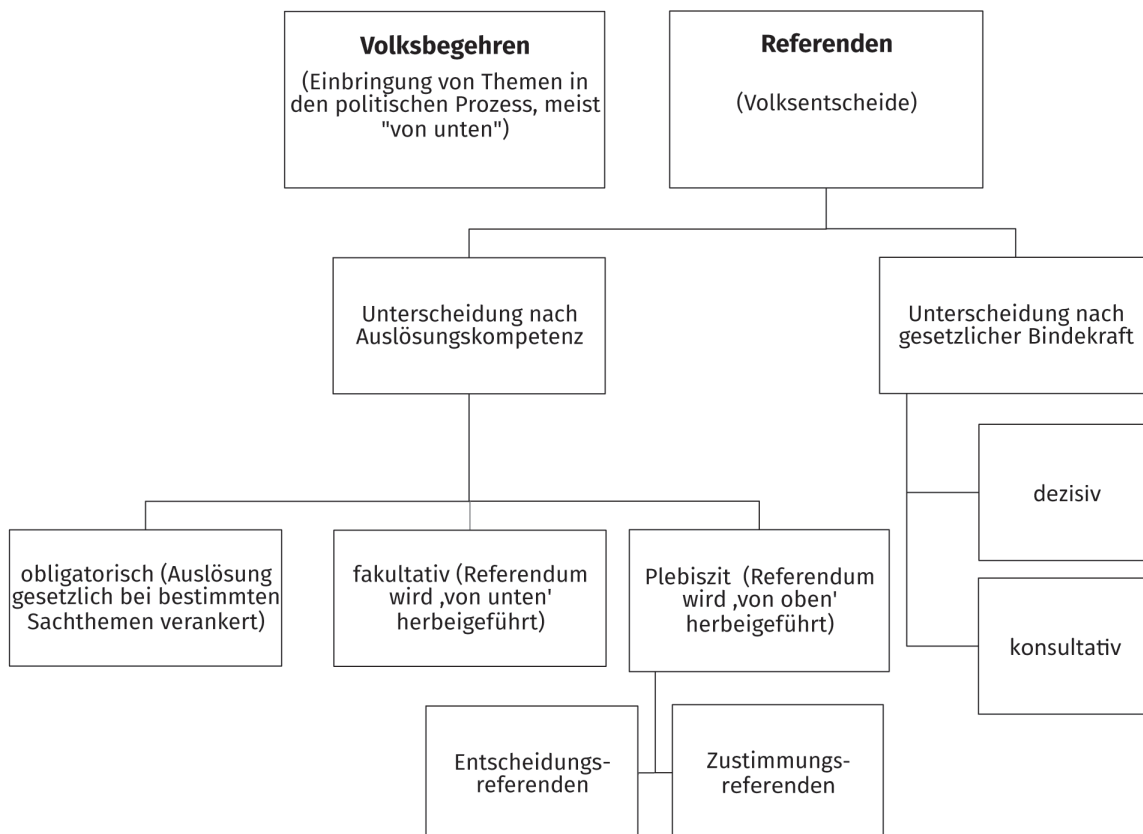
Da wir uns in diesem Beitrag mit den Einstellungen zur direkten Demokratie in Österreich befassen, erscheint es notwendig, kurz auf die hierzulande bestehenden Möglichkeiten einzugehen. In Österreich

besteht laut Bundesverfassung ein repräsentatives politisches System (Art. 24 B-VG). Eine direkte Beteiligung des Volkes an der nationalen Legislative ist im Zuge von drei Verfahrenstypen möglich.

Das *Volksbegehren* stellt eine Gesetzesinitiative dar, bei der die BürgerInnen ein Initiativrecht haben. „100.000 Stimmberechtigte oder je ein Sechstel der Stimmberechtigten dreier Bundesländer können auf diese Weise einen Gesetzesvorschlag im Nationalrat einbringen“ (BKA Österreich 2014: Volksbegehren; Österreichisches Parlament 2013a). Das in einem Volksbegehren artikulierte Anliegen wird zum Verhandlungsgegenstand im Nationalrat; die Ergebnisse von Volksbegehren sind jedoch rechtlich nicht bindend, weshalb die Abgeordneten über eine Umsetzung beraten müssen. Volksbegehren sind die am häufigsten angewandte Form der direkten Demokratie in Österreich. Bis 2015 gab es bereits 38 Volksbegehren; zehn von ihnen wurden von über einer halben Million Menschen unterschrieben, sie blieben in der Regel jedoch ohne weitreichende politische Konsequenzen (Talos 2000: 9; Bundesministerium für Inneres 2013).

Die *Volksbefragung* hat konsultativen Charakter und ist unverbindlich. Sie wurde 1989 eingeführt; ihre erstmalige Anwendung fand jedoch erst 2013 bei der Volksbefragung zur Wehrpflicht statt. Es wird über eine Ja/

Übersicht 1: Kurzcharakterisierung der Formen der direkten Demokratie



Nein-Frage oder über zwei alternative Lösungsmöglichkeiten abgestimmt (Österreichisches Parlament 2013b).

Bei der *Volksabstimmung* wird das gesamte Volk zu einem Gesetzesbeschluss des Nationalrates befragt; dieses Instrument ist rechtlich bindend (Österreichisches Parlament 2013b). Sie ist obligatorisch im Falle einer Gesamtrevision der Verfassung. Der bislang einzige Fall für die Anwendung eines obligatorischen Referendums war die Abstimmung über den EU-Beitritt 1994; der Beitritt wurde von 66,6% befürwortet. Eine fakultative Volksabstimmung kann von einem Drittel der Mitglieder des Nationalrates oder des Bundesrates über ein Verfassungsgesetz verlangt werden. Eine solche fand 1978 über die friedliche Nutzung der Kernenergie statt; diese wurde von 50,5% der Teilnehmenden abgelehnt.

Angesichts dieser Bestimmungen und Fakten wird Österreich nur eine „*karge direktdemokratische Ausstattung*“ (Schiller 2002: 129) auf Bundesebene zugesprochen.

3. Einstellungen zur direkten Demokratie: Theoretische Ansätze und Hypothesen

Empirische Befunde weisen darauf hin, dass vor allem in den westlichen Industrieländern ein Großteil der Bevölkerung eine hohe Zustimmung zur direkten Demokratie aufweist (Westle/Niedermeyer 2009; Haller/Feistritzer 2014). Zwei konkurrierende Interpretationsmöglichkeiten stehen sich gegenüber: Einerseits wird davon ausgegangen, dass Zustimmung zur direkten Demokratie den Wunsch nach verstärkter Mitbestimmung reflektiert (Inglehart 1999; Welzel 2007). Konträr dazu gibt es die Ansicht, dass die Befürwortung der direkten Demokratie

nur auf Schwachstellen der Repräsentativität hinweist, während die BürgerInnen eigentlich eine begrenzte politische Rolle präferieren würde (Hibbing/Theiss-Morse 2002). Im Rahmen letzteren Ansatzes würden vor allem politikverdrossene Personen Zustimmung zur verstärkten Anwendung direktdemokratischer Instrumente artikulieren (Dalton et al. 2001). Die partizipatorische oder egalitäre Demokratietheorie hingegen identifiziert nicht nur bestimmte Subgruppen als BefürworterInnen, sondern spricht diese Haltung allen BürgerInnen zu. Es ist also nicht geklärt, wer die BefürworterInnen der direkten Demokratie sind und welche Determinanten diese Haltung begründen (Donovan/Karp 2006: 673).

Um diese Fragen beantworten zu können, sollen hier drei theoretische Ansätze zur Identifikation der BefürworterInnen bzw. GegnerInnen von direkter Demokratie herausgearbeitet und für die Entwicklung von Hypothesen herangezogen werden (vgl. Übersicht 2).

Der *new politics*-Ansatz erklärt die Einstellung zur direkten Demokratie im Wesentlichen auf Basis der Theorie des postmaterialistischen Wertewandels von Inglehart (1999). Mit zunehmender Bedeutung von Autonomie und individueller Entscheidungsfreiheit als Folge gestiegener materieller Prosperität und sozialer Absicherung verändern sich die politischen Orientierungen und die Erwartungshaltungen über die angemessene Rolle der BürgerInnen. Zentral ist die zunehmende Zurückweisung von unhinterfragter (politischer) Autorität, speziell von hierarchisch strukturierten Parteienverbänden sowie eines rein repräsentativen Systems. Damit verbunden ist die Präferenz für alternative und direkte Formen politischer Einflussnahme. Wahlenthaltung indiziert nicht politisches Desinteresse, sondern

Übersicht 2: Theoretische Ansätze und Hypothesen

Theoretische Ansätze	Hypothesen: BefürworterInnen der direkten Demokratie sind eher
New politics-Ansatz	<ul style="list-style-type: none"> ... jünger und höher gebildet ... PostmaterialistInnen ... unzufrieden mit der Umsetzung des demokratischen Systems ... politisch interessiert und engagiert ... politisch links orientiert und GrünwählerInnen
Political disaffection-Ansatz	<ul style="list-style-type: none"> ... politisch wenig interessiert und engagiert ... am politischen Rand positioniert (eher rechts orientiert) ... AnhängerInnen von Oppositions- und Protestparteien ... vor allem unzufrieden mit den gewählten VolksvertreterInnen und mit dem bestehenden politischen System
Partizipatorisch-egalitäre Demokratietheorie	<ul style="list-style-type: none"> ... unter allen BürgerInnen stark vertreten ... eher mittel und höher gebildet ... politisch interessiert und engagiert

kann auch einen Wunsch nach erweiterten Partizipationsmöglichkeiten reflektieren (Klein 2005). Als weitere relevante Aspekte der Postmodernisierung werden die Ausweitung der politischen Fähigkeiten und Ressourcen der DurchschnittsbürgerInnen infolge eines steigenden Bildungsniveaus und die leichtere Verfügbarkeit politischer Informationen in der modernen Gesellschaft infolge der digitalen Revolution angeführt (Matsusaka 2005, 163). Diesem theoretischen Ansatz zufolge müssten verstärkt jüngere Personen zu den BefürworterInnen der direkten Demokratie zählen. Welzel spricht in diesem Kontext von einem „*emanzipatorischen Wertewandel*“ (Welzel 2008, 111), da der Entscheidungsfreiheit und Gleichberechtigung eine zentrale Rolle zugesprochen wird. Es geht hier vor allem um *critical democrats*, also Personen, die die Demokratie als Ideal zwar stark unterstützen, ihrer konkreten Umsetzung jedoch kritisch gegenüberstehen (Norris 1999). In dieser kritikbereiten und -fähigen Bevölkerung wird auch eine wichtige Ressource für die Ausgestaltung der Demokratie gesehen (Geißel 2009).

Aus der Perspektive dieses Ansatzes ist die Bildungsexpansion mit der darauffolgenden *cognitive mobilization* ein zentraler Erklärungsfaktor für die Verbreitung postmaterialistischer politischer Orientierungen; demnach müssten vor allem höher gebildete Personen die direkte Demokratie befürworten. Auch jüngere Personen, die TrägerInnen des Wertewandels sind, sollten eher für die direkte Demokratie votieren. Durch den *new politics*-Ansatz wird auch nahegelegt, dass politisch interessierte und aktivere Personen sich stärker für direkte Demokratie aussprechen. So erscheint es plausibel, dass Personen, die schon auf alternativen Wegen versuchen, sich in den politischen Prozess einzubringen, auch der weiteren Ausgestaltung von Partizipationsmöglichkeiten positiv gegenüberstehen.

Nach dem theoretischen Ansatz der *political disaffection*, in der deutschen Literatur mit dem Schlagwort *Politikverdrossenheit* bezeichnet, ist es ein Missbehagen mit dem tatsächlichen Funktionieren der repräsentativen Demokratie, welches zum Verlangen nach alternativen Lösungsansätzen führt. In dieser Perspektive wünschen sich BürgerInnen aber eigentlich keine erweiterten Möglichkeiten zur aktiven Teilnahme am politischen Prozess. Die Zustimmung zur direkten Demokratie wird eher als „Lippenbekenntnis“ oder Unmutsbezeugung politisch resignierter Gruppen betrachtet (Bengtsson/Mattila 2009). Im Fokus steht die Eindämmung politischer Korruption oder Kritik an der intransparenten Durchsetzung spezifischer Interessen im repräsentativen System (Hibbing/Theiss-Morse 2002, i). Im Rahmen des *political disaffection*-Ansatzes werden demgemäß vor allem Personen, die politisch wenig interessiert sind und eine geringe Sachkompetenz aufweisen, als BefürworterInnen der direkten Demokratie vermutet, sowie

Personen, die sich politisch eher rechts positionieren und AnhängerInnen von Protestparteien sind (Dalton et al 2001).

Der *political disaffection*-Erklärungsansatz weist enge Bezüge zur klassischen Theorie der repräsentativen Demokratie auf. Für deren VertreterInnen geht es primär darum, eine effiziente politische Steuerung komplexer moderner Gesellschaften sicher zu stellen. Dies kann nur durch die Auswahl fähiger politischer Persönlichkeiten und Eliten geschehen (Schumpeter 1975). Bachrach (1967, 21) argumentiert, dass dieser elitentheoretisch ausgerichtete Ansatz in normativer Hinsicht fundamentalen politischen Bedürfnissen der Menschen nicht gerecht werde und auch empirisch nicht haltbar sei.

Eine zentrale sozialwissenschaftliche Determinante politischer Einstellungen ist der soziale Status, der zu meist mit den Komponenten Bildung, Einkommen und Berufsposition operationalisiert wird. Die Desintegrations these geht davon aus, dass Personen mit einem niedrigen sozialen Status aus Sorge vor dem Ausschluss aus der Gesellschaft eher an der Leistungsfähigkeit des politischen Systems zweifeln (Rippl et al 2012, 289ff.). Eine prekäre ökonomische Lage könnte zu einer schlechteren Bewertung der politischen Performance und einer Unzufriedenheit mit dem politischen System führen, was die Präferenz für alternative Beteiligungsmöglichkeiten wie die direkte Demokratie verstärkt. Hieraus ergibt sich die *Hypothese (1)*, dass die Befürwortung der direkten Demokratie bei Personen mit niedrigem sozialem Status (Einkommen, berufliche Position) eher auftritt. Differenziert werden muss hier jedoch die Bildung als erklärende Variable. Die theoretischen Rahmenkonzepte für die Effekte der Variable Bildung sind nicht eindeutig und teilweise sogar konträrer Ansicht. Auch empirisch gibt es bisher dazu widersprüchliche Ergebnisse (Bowler et al 2007; Anderson/Goodyear-Grand 2010). Wir stellen deshalb keine eindeutige Hypothese auf, sondern testen die Effekte der Bildung auf die Einstellungen zur direkten Demokratie und diskutieren die Ergebnisse dann im Licht der drei theoretischen Konzepte.

Der *political disaffection*-Ansatz geht von zunehmendem politischem Desinteresse aus. Damit verbunden ist die Annahme einer niedrigen politischen Sachkompetenz der Bevölkerung sowie eines geringeren Grades an politischer Information. Demnach müssten Personen, auf welche dies zutrifft, die direkte Demokratie eher befürworten. Die VertreterInnen des *new politics*-Ansatzes nehmen dagegen an, dass gerade Personen, die interessiert und ressourcenstark sind, die nötigen Kompetenzen zur Teilnahme an politischen Sachentscheidungen haben. Diese Personen präferieren die direkte Demokratie, um mit erhöhtem Maß an Eigenverantwortung mehr Einfluss auf politische Entscheidungen zu gewinnen. Hier konstatierten diese beiden Theorien einen ge-

genteiligen Effekt. Nach der partizipatorischen Demokratietheorie sollen dagegen durchaus alle BürgerInnen Interesse an stärkerer Mitbeteiligung haben. Wir gehen hier jedoch von der folgenden Hypothese (2) aus: *Je höher das politische Interesse und Engagement einer Person, desto höher ist ihre Zustimmung zum Ausbau der direkten Demokratie.*

Wie beschrieben ist in den theoretischen Ansätzen *new politics* und *political disaffection* die Zufriedenheit mit dem politischen System eine zentrale Dimension zur Erklärung der Einstellung zur direkten Demokratie.¹ Dabei kann zwischen der spezifischen und diffusen Dimension politischer Unterstützung unterschieden werden (Easton 1975): Die *spezifische Unterstützung* bezieht sich auf die Zufriedenheit mit spezifischen politischen Leistungen oder mit den InhaberInnen politischer Führungspositionen. Die *diffuse Unterstützung* ist auf die Zustimmung zu demokratischen Grundprinzipien und zu politischen Institutionen gerichtet. Wenn die Unzufriedenheit im Bereich der spezifischen Unterstützung länger andauert, kann dies auch Auswirkungen auf die diffuse Unterstützung haben. Typischerweise lässt in einem erodierenden politischen System zuerst die spezifische Unterstützung nach. Es lässt sich ein Bogen zur Thematik der direkten Demokratie spannen: Wenn die Unzufriedenheit mit den gewählten VolksvertreterInnen (spezifisch) – als ein zentraler Aspekt der Politikverdrossenheit – stark ausgeprägt ist, kann dies Auswirkungen auf die diffuse Unterstützung haben und in der Folge auch zu verminderter Legitimität politischer Institutionen und des repräsentativen Systems. Beide Theorien, sowohl jene der *new politics* als auch jene der *political disaffection*, gehen davon aus, dass Unzufriedenheit mit dem politischen System den Wunsch nach direkter Demokratie hervorruft. Allerdings werden die dahinterliegenden Motivationen für diesen Kausalzusammenhang anders interpretiert, wie auch im *political disaffection*-Ansatz die Unzufriedenheit vermehrt auf konkrete politische AkteurInnen bezogen ist. Wir leiten daraus folgende Hypothese (3) ab: *Je unzufriedener eine Person mit dem Funktionieren der Demokratie und mit den gewählten VolksvertreterInnen ist, desto höher ist ihre Zustimmung zum Ausbau der direkten Demokratie – dabei hat die Zufriedenheit mit den VolksvertreterInnen einen stärkeren Einfluss auf die Einstellung zur direkten Demokratie als die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie.*

Eine weitere wichtige Dimension ist schließlich die politische Orientierung im klassischen Links-Rechts-Spektrum. Laut dem *new politics*-Ansatz müssten verstärkt Grün-WählerInnen und Personen, die sich politisch eher links situieren, für direkte Demokratie sein.

Die *political disaffection*-Theorie sieht die UnterstützerInnen der direkten Demokratie dagegen bei AnhängerInnen von (populistischen) Protestparteien. Dies wird dadurch begründet, dass diese Personen am Rande der Politik aus ideologischen Gründen grundsätzlich mit der Umsetzung des politischen Systems unzufriedener sind als Personen, die sich in der Mitte einordnen. (Westle/Niedermayer 2009, 11ff.). Dabei werden diese Personen eher im rechten politischen Ideologiespektrum verortet. In diesem Kontext ist auch die „*instrumental thesis*“ (Bowler et al. 2007) relevant, die postuliert, dass AnhängerInnen von derzeitigen Oppositionsparteien eher für direkte Demokratie sind, um ihren Einflussbereich auf diese Weise zu erhöhen bzw. wiederzuerlangen. Aus diesen Überlegungen folgen zwei Hypothesen (4, 5): *Bei einer politischen Selbsteinstufung am extremen linken bzw. rechten politischen Pol ist die Zustimmung zum Ausbau der direkten Demokratie stärker. WählerInnen der Oppositionsparteien FPÖ und BZÖ und der Grünen sind eher für direkte Demokratie als WählerInnen der Regierungsparteien (SPÖ, ÖVP).*

Es gibt noch eine dritte theoretische Position, die die Haltung zur direkten Demokratie begründen und erklären kann, die *partizipatorische* bzw. *egalitäre Demokratietheorie*. Sie geht zurück auf Ideen der Aufklärung und der französischen und amerikanischen Revolutionen. Gegen die ständischen Privilegien seiner Zeit gerichtet, welche politische Entscheidungen nahezu ausschließlich dem König und Adel vorbehalten, argumentiert etwa Rousseau (2005 [1762]), dass die Kluft zwischen Herrschenden und Beherrschten aufzuheben sei und das Ziel der Politik die Souveränität des Volkes sein müsse. Nur in Versammlungen aller freien und gleichen BürgerInnen könne das Gemeinwohl erkannt und durchgesetzt werden. Wichtige VertreterInnen dieser Position (wenn auch mit teilweise anderen Grundannahmen) waren Demokratietheoretiker wie John Locke (1967 [1690]) und Alexis de Tocqueville. Letzterer Autor betonte in seinem berühmten Werk *Über die Demokratie* in Amerika (1976 [1835]) den engen Zusammenhang zwischen der faktischen Gleichheit aller Menschen, einer Vielfalt von freiwilligen ‚demokratisch‘ agierenden Vereinigungen außerhalb der Politik und der Lebendigkeit und Beständigkeit der Demokratie in Amerika. Zeitgenössische VertreterInnen dieser egalitär-partizipatorischen Position sind Hannah Arendt (1960) und Benjamin Barber (1994). Arendt zufolge sollten alle BürgerInnen an allen wichtigen Entscheidungen teilhaben können, was durch die Bildung von Räten in allen relevanten sozialen Einheiten ermöglicht werden könne; die Teilnahme an solchen Prozessen stelle einen essentiellen Aspekt menschlicher Entwicklung und selbstbestimmter Lebensführung dar. Nach Barber sollten politische Konflikte – um solche geht es, wenn strittige Fragen nicht mehr mit Bezug auf objektiv anerkannte Fakten entschieden werden können – öffentlich ausgetragen werden, sodass alle BürgerIn-

¹ In einer ersten Fassung dieses Aufsatzes untersuchten wir auch zwei Aspekte des politisch-institutionellen Kontextes, die Stärke der direkten Demokratie in den österreichischen Bundesländern und die Gemeindegröße (vgl. dazu auch Dolezal/Poier 2012). Die Ergebnisse hierzu waren jedoch inkonsistent, nicht zuletzt, weil die Substichproben für die einzelnen Bundesländer nicht repräsentativ sind.

nen involviert sind. Es ist evident, dass diesen Theorien ein Menschenbild zugrunde liegt, das von grundsätzlicher Gleichheit aller Menschen ausgeht und jedem Einzelnen ein hohes Maß an Fähigkeit zu politischer Einsicht und Interesse an Mitbestimmung zuschreibt – was durchaus in Frage gestellt werden kann (Lindner 1990).

Aus der partizipatorischen Demokratietheorie wäre wohl abzuleiten, dass höher Gebildete politisch stärker interessiert und engagiert sind; dieser Ansatz würde dieses Interesse aber auch den weniger Gebildeten keineswegs absprechen. Man könnte sogar feststellen, dass hierin der entscheidende Unterschied zu den beiden anderen Ansätzen liegt, welche ein besonderes Interesse an direkter Demokratie jeweils nur bei bestimmten Subgruppen der Bevölkerung erwarten.

4. Stichprobe und Daten

Für die empirische Analyse werden Daten der eigens durchgeführten repräsentativen Umfrage „Einstellung zur direkten Demokratie in Österreich“ verwendet. Die Fragen wurden gemeinsam vom Zweitautor dieses Artikels und Dr. Gerd Feistritzer vom Institut für empirische Sozialforschung (Wien) entwickelt. Die Erhebung wurde im Zeitraum August bis September 2012 vom Institut für empirische Sozialforschung in Zusammenarbeit mit der Studiengruppe „International Vergleichende Sozialforschung“ (Universität Graz) durchgeführt (vgl. Haller/Feistritzer 2014 und Wirnsberger 2014 für erste Analysen). Insgesamt wurden 2000 Personen befragt (Grundgesamtheit: in Privathaushalten lebende österreichische Bevölkerung ab dem 15. Lebensjahr). Es wurden mündliche, persönliche CAPI-Interviews an der Wohnadresse der ProbandInnen durchgeführt. Die Stichprobenziehung wurde als Stratified Multistage Clustered Random Sampling realisiert.

5. Ergebnisse

Bei der Darstellung und Analyse der Daten gehen wir in zwei Schritten vor: Zuerst werden die allgemeinen Befunde zum politischen Interesse zu den Einstellungen zur direkten Demokratie deskriptiv dargestellt. Im zweiten Schritt erstellen wir aus den verschiedenen Teildimensionen der Einstellungen einige wenige, aussagekräftige Indizes bzw. Skalen; diese werden sodann einer Regressionsanalyse unterzogen, mit deren Hilfe die im vorigen Abschnitt postulierten Hypothesen geprüft werden können.

5.1 Politisches Interesse und Einstellungen zur direkten Demokratie

Die wichtigsten Ergebnisse zum politischen Interesse der österreichischen Bevölkerung können folgendermaßen zusammengefasst werden. Nach unserer Umfrage bezeichnen sich 19% der Befragten als politisch interessiert, 48% halten sich ungefähr auf dem Laufenden und 34% kümmern sich so gut wie gar nicht um das politische Geschehen in Österreich.² Damit kann bestätigt werden, dass das politische Interesse der Bevölkerung ausgesprochen niedrig ist (vgl. Pelinka/Rosenberger 2007). Vor allem das Bildungsniveau ist ausschlaggebend für das Ausmaß des politischen Interesses. Bei PflichtschulabsolventInnen sind 54% wenig bis gar nicht an Politik interessiert und nur 8% bezeichnen sich als politisch interessiert; bei Personen mit einem Hochschulabschluss beträgt der Anteil der Uninteressierten 15%, während 34% politisches Interesse angeben. Ein starker Zusammenhang besteht auch mit dem Alter. In der jüngsten Gruppe der 15 bis 29-Jährigen gibt über die Hälfte der Befragten (52%) an, dass praktisch kein Interesse an Politik besteht. Dieser Zusammenhang bleibt auch innerhalb der Bildungsschichten bestehen. Das geringe politische Interesse bei Jugendlichen ist ein besonders gravierendes Problem (vgl. auch Buhl 2003; Filzmaier/Klepp 2009). Auch die Befunde zur Zufriedenheit mit den gewählten politischen VertreterInnen und mit dem demokratischen System ergeben ein ernüchterndes Bild. Nur etwas mehr als die Hälfte der Befragten ist mit dem politischen System Österreichs zufrieden, mit den gewählten VolksvertreterInnen sind es gar nur 30%.

Von zentralem Interesse ist die Frage nach den Einstellungen zur direkten Demokratie. Die Ergebnisse zeigen, dass die große Mehrheit der ÖsterreicherInnen (79%) einen Ausbau befürwortet; etwa ein Drittel ist sogar ‚sehr dafür‘; nur 12% sind skeptisch oder ganz dagegen. Diese Zustimmung variiert nur wenig nach Alters- und Bildungsgruppen; Personen mittleren Alters (30-44) und höherer Bildung als Pflichtschulabschluss weisen eine tendenziell leicht höhere Zustimmung auf. Eine weitere Frage lautete, ob die BürgerInnen – wie in der Schweiz – auch die Möglichkeit haben sollten, selbst eine dezisive Volksabstimmung einzuleiten. Auch diese Ausgestaltungsmöglichkeit der direkten Demokratie befürworteten 72% der Befragten.

Die politische Wirksamkeit der direktdemokratischen Instrumente wird offenkundig in Abhängigkeit vom Grad ihrer Verbindlichkeit beurteilt: Die dezisive Volksentscheidung stellt für 74% eine echte Gelegenheit zur politischen Mitentscheidung dar, das Volksbegehren für 65% und das rein konsultative Verfahren der

² Aus Platzgründen müssen wir hier auf die Wiedergabe von Tabellen verzichten; diese finden sich jedoch in Wirnsberger (2014) sowie Haller und Feistritzer (2014).

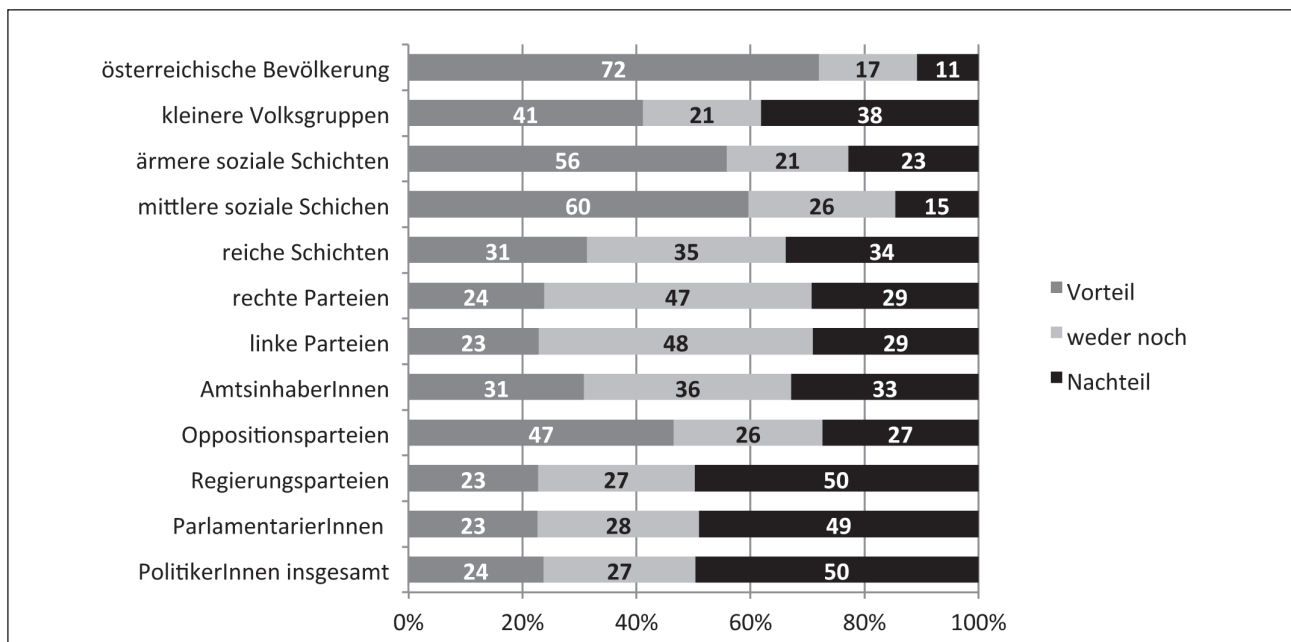
Volksbefragung für 60%. Weiters wurde auch die Beteiligungsbereitschaft an verschiedenen Instrumenten der direkten Demokratie erfasst. Es zeigt sich ein großes Interesse. Fast die Hälfte der Befragten (49%) gibt an, sicher an einer Volksentscheidung teilnehmen zu wollen und 40% machen es von der Themenstellung abhängig. An einem möglichen Volksbegehren würden sich 40% der Befragten auf jeden Fall, weitere 47% je nach Umständen beteiligen. Auffallend ist, dass beim dezisiven Instrument deutlich mehr Personen meinen, auch themenunabhängig teilnehmen zu wollen. Diese Tatsache erklärt auch die erhebliche Diskrepanz zwischen der niedrigen Beteiligung an den zahlreichen bisherigen Volksbegehren (maximal etwa 25%), die ja großteils wirkungslos blieben, und den Äußerungen der Befragten in unserer Analyse. Bei den beiden verbindlichen Volksabstimmungen lag die Beteiligungsrate weit höher (Atomkraftwerk Zwentendorf 1978: 62%; EU-Beitritt 1994: 82,5%). Nur etwa 11-12% der Bevölkerung signalisieren, unabhängig vom Instrument, überhaupt keine Beteiligungsbereitschaft an Instrumenten der direkten Demokratie. Bei allen drei Instrumenten signalisieren auch die politisch Uninteressierten zu über 80% eine grundsätzliche Teilnahmebereitschaft. Besonders relevant sind die Unterschiede nach Altersgruppen: Die jüngeren Befragten (bis 29 Jahre) sind häufiger bereit an einer Abstimmung teil zu nehmen als die älteren.

Eine wichtige Frage betrifft schließlich den Nutzen der direkten Demokratie für bestimmte Gruppen einerseits bzw. für die politischen Eliten andererseits. Hier-

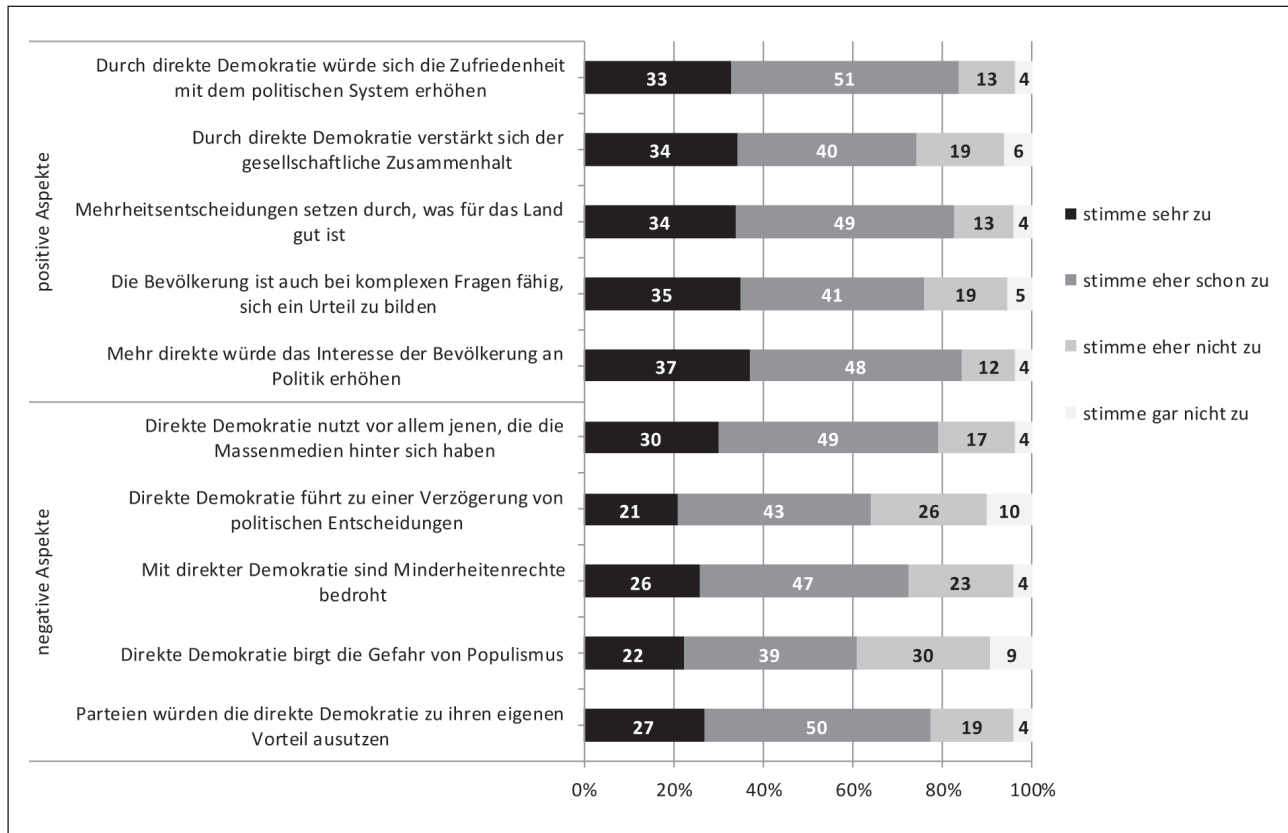
zu wurden die Befragten gebeten zu beurteilen, welche Gruppen von einem Ausbau der direkten Demokratie profitieren bzw. welche eher nachteilige Auswirkungen zu spüren bekommen würden. Hier ergibt sich ein sehr eindeutiger Befund (vgl. Abbildung 1).

Mit Abstand am häufigsten (72%) sind die Befragten der Ansicht, dass die österreichische Bevölkerung insgesamt von mehr direkter Demokratie profitieren würde. Auch für die mittleren und für die ärmeren sozialen Schichten erwartet noch mehr als die Hälfte einen Vorteil. Etwas seltener (von etwa 40% bis 50% der Befragten) wird für Oppositionsparteien, kleine Volksgruppen und höher Gebildete ein Vorteil erwartet, am seltensten für PolitikerInnen insgesamt, für Regierungsparteien, Abgeordnete und explizit rechte oder linke Parteien (jeweils 20% bis 30%). Dies deutet darauf hin, dass die direkte Demokratie auch als Chance zur Artikulation der politischen Präferenzen von Bevölkerungsgruppen mit geringeren sozialen und ökonomischen Ressourcen wahrgenommen wird. Ganz anders sind die Gruppen, für welche man deutliche Nachteile erwartet: An der Spitze stehen hier Regierungsparteien, PolitikerInnen und ParlamentarierInnen insgesamt (jeweils ca. 50%); am Ende liegt dagegen (mit nur 11%) die Bevölkerung insgesamt. Diese Befunde stehen durchaus in Einklang mit politikwissenschaftlichen Analysen, wonach die direkte Demokratie eine Korrektivfunktion gegen die Tendenz zur Bildung politischer Kartelle erfüllt (Pelinka 1999, 3).

Abbildung 1: Einschätzungen der Befragten im Hinblick auf Gruppen, welche von direkter Demokratie einen Vorteil oder Nachteil haben würden



Quelle: Umfrage zur direkten Demokratie, Prozentwerte gerundet; n=2011.

Abbildung 2: Zustimmung zu vermuteten positiven und negativen Aspekten bei Ausbau der direkten Demokratie

Quelle: Umfrage zur direkten Demokratie, Prozentwerte gerundet; n=2011.

Betrachten wir noch abschließend die vermuteten positiven und negativen Aspekte bei verstärkter Anwendung der direkten Demokratie. Es geht hier um die Beurteilung der in der Einleitung angesprochenen Pro- und Kontraargumente für die direkte Demokratie. Wir argumentierten, dass diese normativ geprägten Konzepte unabhängig von ihrem empirisch bestätigten Gehalt Einfluss auf die Meinungsbildung in der Bevölkerung nehmen können.

In Abbildung 2 sind einige dieser Vor- und Nachteile der direkten Demokratie und deren Beurteilung durch die befragten BürgerInnen dargestellt. Es zeigt sich generell, dass die möglichen Vorteile der direkten Demokratie auf hohe Zustimmung treffen. Gut ein Drittel aller Befragten stimmen sehr, gut drei Viertel grundsätzlich den Thesen zu, dass die direkte Demokratie das politische Interesse der BürgerInnen und die Zufriedenheit mit dem politischen System erhöhen und der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt würde. Ähnlich hohe Anteile der Befragten sind der Ansicht, dass im Rahmen von Mehrheitsentscheidungen eher das durchgesetzt wird, was gut für das Land ist und dass die Bevölkerung durchaus über die Sachkompetenz verfügt, um komplexere politische Entscheidungen treffen zu können. Bemerkenswert ist weiters, dass auch relativ hohe

Anteile der Befragten die von Analytikern der Demokratie geäußerten Bedenken teilen. 20% bis 30% sind voll und weitere 40% bis 50% teilweise der Meinung, dass direkte Demokratie vor allem Personen und Gruppen mit gutem Zugang zu den Massenmedien nutzt, dass Minderheitenrechte unter die Räder kommen könnten und dass eine Instrumentalisierung der direkten Demokratie durch die Parteien erfolgen könnte. Ähnliches gilt für die Anteile jener, die durch direktdemokratische Verfahren eine Verzögerung politischer Entscheidungen erwarten und dass die direkte Demokratie die Gefahr von Populismus mit sich bringe.

Wir können aus dieser deskriptiven Darstellung der Befunde bereits eine vorläufige Konklusion im Hinblick auf die im Abschnitt 3 dargestellten theoretischen Ansätze ableiten. Der erste und wichtigste Befund ist die generell sehr hohe Zustimmung zur Einführung direktdemokratischer Elemente. Dieser kann weder durch den *new politics*- noch den *political disaffection*-Ansatz gut erklärt werden; sie argumentieren ja, dass eine solche Zustimmung bestimmten Subgruppen in der Bevölkerung vorbehalten ist. Hier ist eindeutig die klassische bzw. partizipatorische Demokratietheorie stärker, weil sie davon ausgeht, dass alle mündigen BürgerInnen Interesse an möglichst weitgehender Mitbestimmung haben.

Tabelle 1: Regressionsanalysen der Einstellungen zur direkten Demokratie und ihren Effekten

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4
	Zustimmung zum Ausbau (ganz dagegen bis sehr dafür)	Zustimmung zu möglichen positiven Effekten (ablehnend bis zustimmend)	Zustimmung zu möglichen negativen Effekten (ablehnend bis zustimmend)	Teilnahmebereitschaft an Verfahren der direkten Demokratie (niedrige Bereitschaft bis hohe Bereitschaft)
	Standardisierte Betakoeffizienten	Standardisierte Betakoeffizienten	Standardisierte Betakoeffizienten	Standardisierte Betakoeffizienten
Geschlecht (0=Mann, 1=Frau)	0,06	0,08**	0,03	-0,05
Alter (Referenzkategorie=30–45 Jahre)				
bis 30 Jahre	-0,01	0,01	0,00	0,04
46–60 Jahre	-0,05	-0,02	0,00	-0,01
ab 60 Jahre	-0,08*	-0,03	0,04	-0,13**
Bildung (Referenzkategorie=Lehre)				
Pflichtschule	-0,06	-0,06	-0,01	-0,02
Fachschule	0,05	0,04	-0,01	-0,03
Matura	-0,02	-0,06	0,01	0,03
Uni/FH/Akademie	-0,07*	-0,10**	0,06	-0,01
Berufsposition (Referenzkategorie=mittlere)				
hoch	0,01	-0,03	0,03	-0,02
niedrig	0,00	-0,07*	-0,01	-0,14**
Haushaltsäquivalenzeinkommen (netto) (180 € bis 3449 €)	-0,06*	-0,10**	-0,01	-0,04
politisches Interesse (1=kein Interesse bis 3=hohes Interesse)	0,08*	0,12**	-0,05	0,15**
Demokratiezufriedenheit (1=sehr unzufrieden bis 4=sehr zufrieden)	0,01	-0,03	0,05	-0,01
Zufriedenheit mit VolksvertreterInnen (1=sehr unzufrieden bis 4=sehr zufrieden)	-0,15**	-0,02	0,04	-0,01
Politische Partizipation (0=gering bis 4=hoch)	0,10**	0,03	0,01	0,12**
Politische Selbsteinstufung (Referenzkategorie=Mitte)				
ganz links	0,04	-0,03	-0,01	-0,08*
eher links	-0,04	-0,07*	0,01	-0,03
eher rechts	-0,02	-0,01	-0,07*	-0,04
ganz rechts	0,07*	0,07*	0,09*	-0,06*
Parteipräferenz (Referenzkategorie=keine/andere)				
ÖVP	-0,09*	-0,02	0,03	-0,02
SPÖ	-0,02	0,14**	0,08*	0,14**
FPÖ	0,06	0,02	-0,02	0,00
Grüne	-0,02	-0,01	0,03	0,02
	korr. R²=0,08	korr. R²=0,06	korr. R²=0,02	korr. R²=0,10
n=	(1117)	(1128)	(1118)	(1134)

Quelle: eigene Berechnungen; listenweise Fallausschluss; Modell 1: F=5,37**; Modell 2: F=4,19**; Modell 3: F=2,05**; Modell 4: F=6,31**;
Darstellung der standardisierten Regressionskoeffizienten (Beta-Werte); signifikante Werte wurden markiert (*=p<0,05, **=p<0,01)

Allerdings gab es auch Befunde, welche für den Ansatz der *new politics* sprechen (so die stärkere Befürwortung der direkten Demokratie bei politisch interessierten Personen), und andere, welche die *political disaffection*-These stützen (so etwa die Tatsache, dass politisch Unzufriedene eher für direkte Demokratie sind). Definitive Schlussfolgerungen in dieser Hinsicht sind aber erst aufgrund der multivariaten Analyse möglich, die im folgenden Abschnitt präsentiert wird.

5.2 Multivariate Analyse

Tabelle 1 zeigt die Ergebnisse der Regressionsanalysen, in welchen die vier abhängigen Variablen – Zustimmung zum Ausbau der direkten Demokratie, Zustimmung zu ihren möglichen positiven und zu negativen Effekten und die Bereitschaft zur Teilnahme an Verfahren der direkten Demokratie³ – in Abhängigkeit von vier individuellen sozio-demographischen Merkmalen und sechs Einstellungsvariablen untersucht werden.⁴

Wir können aus dieser Analyse zunächst ersehen, dass die gesamte erklärte Varianz mit 2% bis 10% relativ gering ist; betrachtet man die standardisierten Regressionskoeffizienten, sind auch diese in aller Regel nicht hoch (meist unter .10). Dies bestätigt wieder die bereits anhand der deskriptiven Analyse getroffene Feststellung, dass in der Bevölkerung ein relativ homogenes – befürwortendes – Einstellungsmuster in Bezug auf direkte Demokratie vorherrscht.

In Bezug auf die soziodemographischen Variablen zeigt sich Folgendes:

- Das Geschlecht hat generell geringe Bedeutung für die Einstellungen; lediglich im Hinblick auf mögliche positive Effekte der direkten Demokratie stimmen Frauen eher zu als Männer.
- Die höhere Altersgruppe (ab 60 Jahre) sticht durch ihre ablehnendere Einstellung gegenüber einem Ausbau der direkten Demokratie sowie ihre geringere Bereitschaft zu einer eventuellen Teilnahme an direktdemokratischen Verfahren hervor.
- Das Bildungsniveau hat insgesamt überraschend geringe Effekte: HochschulabsolventInnen weisen im Vergleich mit AbsolventInnen einer Lehre (mittleres Bildungsniveau) eine ablehnendere Einstellung zu direkter Demokratie auf und beurteilen das Eintreten möglicher positiver Auswirkungen skeptischer.
- Die Berufsposition hat zwei signifikante Effekte: Personen in niedrigeren Berufspositionen sehen seltener positive Wirkungen der direkten Demokratie und sind seltener bereit, an deren Verfahren teilzunehmen.

- Signifikante Effekte lassen sich auch für das Einkommen konstatieren: Personen mit hohem Einkommen stehen einem Ausbau der direkten Demokratie eher ablehnend gegenüber und beurteilen zugleich ein Eintreten positiver Effekte als unwahrscheinlicher.

Von den soziodemographischen Variablen determiniert vor allem der soziale Status die Einstellung und eventuelle Bereitschaft zur Teilnahme an direkter Demokratie. Ein hohes soziales und ökonomisches Kapital bedingt eine eher skeptische Haltung gegenüber der direkten Demokratie, was tendenziell eher gegen die Annahmen des *new politics*-Ansatzes spricht. Gleichzeitig nehmen eher Jüngere eine befürwortende Haltung ein, was im Sinne dieses Ansatzes interpretiert werden kann. Grundsätzlich sind diese Ergebnisse in Bezug auf die soziodemographischen Faktoren jedoch eher als widersprüchlich anzusehen und deuten nicht auf eine klare Bestätigung der beschriebenen Erklärungsmodelle hin.

In Bezug auf die Fragen zu politischen Einstellungen und zur politischen Partizipation ergibt sich Folgendes:

- Das politische Interesse hat einen hochsignifikanten Einfluss und ist stark mit den Einstellungen zur direkten Demokratie verknüpft. Höheres Interesse geht mit stärkerer Befürwortung der direkten Demokratie einher und es werden auch eher positive Effekte erwartet. Politisch interessierte Personen weisen auch eine hohe Teilnahmebereitschaft an Verfahren der direkten Demokratie auf.
- Politisch aktive Personen sind eher für die Erweiterung der direkten Demokratie und weisen auch eine höhere Teilnahmebereitschaft an deren Instrumenten auf.
- Die Zufriedenheit mit der Demokratie weist keinen multivariat kontrollierten Zusammenhang auf. Auf der Ebene der Zufriedenheit mit den gewählten VolksvertreterInnen zeigt sich jedoch der stärkste Einfluss überhaupt: Personen, die in diesem Kontext eine hohe Unzufriedenheit aufweisen, sind deutlich öfter für den Ausbau der direkten Demokratie.
- Signifikante Effekte hat auch die politische links-rechts-Einstellung: Extrem Rechte sind fast durchwegs eher für die direkte Demokratie, zeigen jedoch eine geringere Partizipationsbereitschaft. Personen, die sich extrem links einordnen, weisen ebenfalls eine niedrigere Teilnahmebereitschaft auf.
- In Abhängigkeit von der Parteipräferenz lassen sich folgende Zusammenhänge feststellen: AnhängerInnen der ÖVP sind eher gegen den Ausbau der direkten Demokratie. SPÖ-WählerInnen zeigen ein ambivalentes Bild: Sie vermuten gleichzeitig häufiger ein Eintreten positiver Effekte durch eine Einführung direkter Demokratie als auch negativer Effekte. Grundsätzlich weisen sie eine höhere Partizipationsbereitschaft auf.

3 Die detaillierte Operationalisierung der vier Indizes für die abhängigen Variablen findet sich in Appendix Nr. 1.

4 Eine deskriptive Darstellung aller Variablen der Regressionsanalyse findet sich in Appendix Nr. 2 und Nr. 3.

Werden diese Ergebnisse im Lichte der drei Ausgangstheorien zu direkter Demokratie interpretiert, ist zu konstatieren, dass die Theorie der *new politics* wie auch die partizipatorische Demokratietheorie in diesem Kontext empirische Bestätigung finden; beide prognostizieren positive Effekte von politischem Interesse und Engagement. Die Effekte der Zufriedenheit mit dem politischen System und dessen VertreterInnen dagegen lassen sich nicht als klare Bestätigung einer bestimmten Theorie interpretieren; sowohl die These der *new politics* als auch jene der Politikverdrossenheit gehen hier von signifikanten Effekten aus. Jedoch scheint dies die Theorie der *political disaffection* insofern eher zu bestätigen, als diese behauptet, dass der Ruf nach direkter Demokratie eher ein Ausdruck von Frustration mit den gewählten VolksvertreterInnen ist, denn ein genuiner Wunsch nach politischer Mitbestimmung. Die im *new politics*-Ansatz zentrale Gruppe der *critical democrats* übt im Zusammenhang mit der direkten Demokratie auch auf Ebene des demokratischen (diffusen) Systems Kritik, was in dieser Analyse nicht zum Vorschein kommt.

Sehr stark und eindeutig bestätigt wurde jedoch die aus der partizipatorisch-egalitären Demokratietheorie abgeleitete Hypothese, dass die Befürwortung der direkten Demokratie unter allen BürgerInnen sehr stark ist. Für sie spricht auch, dass mit den einbezogenen soziodemographischen Distinktionsmerkmalen nur eine geringe Trennschärfe erreicht werden konnte.

6. Zusammenfassung und Folgerungen

Die direkte Demokratie ist ein politisch und wissenschaftlich hochaktuelles Thema, aber auch *contested terrain*: BefürworterInnen und GegnerInnen stehen sich unversöhnlich gegenüber, jede dieser beiden Seiten kann Argumente vorbringen, die für sie sprechen. Ein Kennzeichen dieser Debatte – und ein Grund für ihre scheinbare Unlösbarkeit – ist jedoch, dass meist unterschiedliche Ebenen miteinander vermischt werden: die demokratietheoretisch-normative, die sozialwissenschaftlich-theoretische und die empirische Ebene. In diesem Beitrag gingen wir davon aus, dass zwischen diesen Ebenen eine klare Trennung vorgenommen werden muss, um zu neuen, interessanten und haltbaren Aussagen gelangen zu können. Zu diesem Zwecke destillierten wir aus der umfangreichen einschlägigen Literatur drei theoretische Ansätze heraus, um die Einstellungen zur direkten Demokratie in der österreichischen Bevölkerung zu erklären: Die zwei neueren Theoreme der *new politics* und der *political disaffection* und die klassische partizipatorische Demokratietheorie. Der erste dieser drei Ansätze sieht in den BefürworterInnen der direkten Demokratie die Vorhut einer neuen, auf Mitbestimmung pochenden postmaterialistischen Generation, meist mit höherer

Bildung. Die These der Politikverdrossenheit sieht den Ruf nach direkter Demokratie dagegen als Resultat von Unzufriedenheit und Frustration mit dem bestehenden Regierungssystem und dessen Umsetzung durch die politischen RepräsentantInnen; diese sollen durch direktdemokratische Verfahren gezwungen werden, wieder stärker im Interesse des Volkes zu handeln. Die partizipatorische Demokratietheorie impliziert schließlich, dass ein politisches System den Grundbedürfnissen jedes Menschen nach Autonomie und Mitbestimmung wie auch dem „Wesen“ der Demokratie als Herrschaft des Volkes entsprechen sollte. Demnach sollte der Wunsch nach einer Verstärkung der direkten Demokratie in der Bevölkerung generell weit verbreitet sein.

Die empirischen Befunde der 2012 in Österreich eigens erhobenen Daten zeigen folgende Ergebnisse: Zunächst zeigt sich eine überwältigende Zustimmung zum Ausbau der direkten Demokratie und eine hohe Teilnahmebereitschaft im Falle ihrer Realisierung – ein angesichts der geringen praktischen Bedeutung direktdemokratischer Verfahren in Österreich nicht ganz überraschender Befund. Zugleich sind sich die BürgerInnen der Probleme direkter Demokratie – etwa der potentiellen Überstimmung von Minderheiten – wohl bewusst. Diese Befunde sprechen für die Annahmen der partizipatorischen Demokratietheorie, welche einen Wunsch nach mehr Mitbestimmung bei den BürgerInnen konstatiert und diese auch als ausreichend informiert und politisch verantwortungsbewusst betrachtet. Die Befunde über die Effekte der verschiedenen soziodemographischen Merkmale der Befragten sowie ihre politischen Einstellungen liefern allerdings auch Argumente für die VertreterInnen der *new politics*- und *political-disaffection*-Theoreme. Die Tatsache, dass höher Gebildete und Personen mit höherem Einkommen die direkte Demokratie seltener befürworten, stützt eher letzteren Ansatz. Gleichzeitig weisen jedoch im Sinne des *new politics*-Ansatzes eher jüngere Personen eine höhere Zustimmung und Teilnahmebereitschaft auf. In Bezug auf die politische Einstellungen zeigt sich – tendenziell eher in Übereinstimmung mit den theoretischen Ansätzen der *new politics* und der partizipatorischen Demokratie –, dass politisch Interessierte und Aktive vermehrt zu den BefürworterInnen der direkten Demokratie zählen. Ein weiteres empirisch bestätigtes Ergebnis lautet, dass eine hohe Unzufriedenheit mit den VolksvertreterInnen, nicht jedoch mit dem Funktionieren der Demokratie, zu einer Unterstützung der direkten Demokratie führt. Hier bietet sich eine Deutung gemäß dem *political disaffection*-Ansatz an: Die direkte Demokratie wird als mögliches Korrektiv für die Schwachstellen der repräsentativen Demokratie wahrgenommen.

Die Befunde haben gezeigt, dass alle drei genannten Theorien bestimmte Aspekte der Einstellungen zur direkten Demokratie erklären können, jedoch als alleinige

Modelle zur Identifikation der BefürworterInnen der direkten Demokratie und ihrer motivationalen Intentionen nicht ausreichen. Wir können aber auf jeden Fall feststellen, dass ein erheblicher Teil – wenn nicht die Mehrheit – der BefürworterInnen der direkten Demokratie als „kritische Demokraten“ zu bezeichnen sind und nicht nur als generell „Politikverdrossene“ und politisch zusehends Desinteressierte.

Unsere Ergebnisse beschreiben die öffentliche Meinung in Österreich, die wir als wesentliche Determinante der politischen Kultur betrachten. Will man dieser folgen, können politisch relevante Schlussfolgerungen gezogen werden. Unterstellt man ein Begriffsverständnis von Demokratie im ursprünglichen Wortsinn, kann man aus dem weit verbreiteten Ruf nach mehr direkter Demokratie nicht nur ableiten, dass diese gestärkt werden sollte, sondern auch, dass die in Österreich bestehenden Institutionen und Verfahren der repräsentativen Demokratie reformiert werden müssten. Ansatzpunkte dazu gibt es zur Genüge; man denke etwa an die derzeit dominierende Stellung der Parteien bei der Auswahl von KandidatInnen für politische Ämter; die im europäischen Vergleich überproportional hohe Parteienfinanzierung; an die weiterhin bestehenden, vielfach undurchsichtigen Vernetzungen zwischen politischen FunktionsträgerInnen, staatlichen Bürokratien und privaten Unternehmensnetzwerken; und schließlich an das hohe Korruptionsniveau in Österreich. Unseren Analysen zufolge würde sich in Österreich durchaus eine breite politische Mehrheit für durchgreifende Reformen in all diesen Bereichen finden lassen.

Abschließend möchten wir auch auf Grenzen unserer Analyse sowie auf vielversprechende weitere Forschungsstrategien hinweisen. Ein Problem besteht in der nur schwer erfassbaren Diskrepanz zwischen den Meinungen und dem tatsächlichen politisch relevanten Verhalten. So wäre es auch notwendig, die Haltung zur direkten Demokratie im Zeitverlauf zu untersuchen; dabei sollten auch Daten über die faktische Beteiligung an politischen Aktivitäten einbezogen werden. Denkbar wären auch quasi-experimentelle Designs, in welchen unterschiedliche Modelle direkter Partizipation in konkreten Kontexten (z.B. Gemeinden) getestet werden. Ein verwandter, gut praktikabler Ansatz wären schließlich internationale Vergleiche. Inzwischen gibt es ja allein schon in Europa eine Vielzahl an Verfahren der direkten Demokratie, auch auf subnationalen Ebenen. Sie haben inzwischen selbst in traditionell zentralistischen Ländern wie Frankreich und Italien Fuß gefasst. Ein solcher Vergleich könnte auch zeigen, ob die starke Befürwortung der direkten Demokratie in Österreich vor allem auf deren schwache, ja z.T. problematische Ausprägung hierzulande zurück zu führen ist, oder ob sie eine allgemeine Haltung in Europa und darüber hinaus darstellt. Untersuchen sollte man in solchen Vergleichen

auch kritisch, ob durch direktdemokratische Verfahren tatsächlich mehr Partizipation realisiert wird oder ob es nicht doch nur Strategien zur „Ruhigstellung“ kritischer BürgerInnen und Bewegungen sind. Dies gilt auch für das auf EU-Ebene eingeführte Verfahren der Bürgerinitiative, das einerseits hohe Hürden (z.B. hohe Beteiligungsquoten) aufweist, andererseits in seinen Konsequenzen ähnlich „zahnlos“ ist wie die Volksbegehren in Österreich.

Literatur

- Anderson, Cameron/Elisabeth Goodyear-Grand* (2010). Why are highly informed citizens sceptical of referenda?, in: *Electoral Studies* 29, 227-238.
- Arendt, Hannah* (1960). *Vita Activa oder Vom tätigen Leben*, München.
- Bachrach, Peter* (1967). *Die Theorie demokratischer Elitenherrschaft. Eine kritische Analyse*, Boston.
- Barber, Benjamin* (1994). *Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen*, Berlin.
- Bengtsson, Asa/Mikko Mattila* (2009): Direct Democracy and its Critics: Support for Direct Democracy and 'Stealth' Democracy in Finland, in: *West European Politics* Vol. 32(5), 1031-1048.
- Bernhard, Laurent* (2012). Direkte Demokratie wagen? Eine Bestandsaufnahme der Chancen und Gefahren, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* Vol. 25(4), 47-54.
- Bowler, Shaun/Todd Donovan/Jeffrey A. Karp* (2007). Engaged or Engaged? Preferences for Direct Citizen Participation in Affluent Democracies, in: *Political Research Quarterly* Vol. 60(3), 351-362.
- Buhl, Monika* (2003). *Jugend, Familie, Politik*, Opladen.
- Bundeskanzleramt Österreich* (2014). *Volksbegehren, Begriffslexikon*. Internet: <https://www.help.gv.at/Portal.Node/hlpd/public/content/99/Seite.991567.html> (Zugriff: 3.2.2014)
- Bundesministerium für Inneres* (2013). *Volksbegehren, Volksbefragung, Volksabstimmung*. Internet: <http://www.bmi.gv.at/> (Zugriff: 3.5.2014)
- Burstein, Paul* (1998). Bringing the Public Back in. Should Sociologists Consider the Impact of Public Opinion on Public Policy?, in: *Social Forces* Vol. 77(1), 27-62.
- Dalton, Russell J./Wilhelm Bürklin/Andrew Drummond* (2001). Public Opinion and Direct Democracy, in: *Journal of Democracy* Vol. 12(4), 141-153.
- Dolezal, Martin/Klaus Poier* (2012). *Rechtliche Hürden, sozioökonomischer Kontext oder Struktur des Parteienwettbewerbs? Die Anwendung direktdemokratischer Verfahren in Österreichs Gemeinden*, ÖFG/Working Group on Democracy, 2nd Research Conference. Internet: <http://www.oefg.at/text/veranstal->

- tungen/conf_civil_society_democracy/dolezal_poi-er.pdf (Zugriff: 12.3.2015)
- Donovan, Todd/Jeffrey A. Karp (2006). Popular Support for Direct Democracy, in: *Party Politics* Vol. 12(5), 671-688.
- Duffek, Karl (2007). Politische Kommunikation im Kontext von defizitärer politischer Öffentlichkeit, in: Peter Filzmaier (Hg.): *Mediendemokratie Österreich*, Wien/Köln/Weimar, 37-44.
- Easton, David (1975). A Re-Assessment of the Concept of Political Support, in: *British Journal of Political Science* Vol. 5(4), 435-457.
- Erne, Roland (2002). Obligatorisches Referendum, Plebiszit und Volksbegehren – drei Typen direkter Demokratie im europäischen Vergleich, in: Theo Schiller /Volker Mittendorf (Hg.): *Direkte Demokratie. Forschung und Perspektiven*, Wiesbaden, 76-101.
- Filzmaier, Peter/Cornelia Klepp (2009). Mehr als Wählen mit 16: Empirische Befunde zum Thema Jugend und Politische Bildung, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* Vol. 38(3), 341-355
- Friesl, Christian/Thomas Hofer/Renate Wieser (2009). Die Österreicher/-innen und die Politik, in: Christian Friesl /Regina Polak/Ursula Hamachers-Zuba (Hg.): *Die Österreicher/-innen. Wertewandel 1990-2008*, Wien, 207-293.
- Geißel, Brigitte (2009): Kritische Bürger – Gefahr oder Ressource für die Leistungsfähigkeit eines politischen Systems?, in: *Gesellschaft – Wirtschaft – Politik*, 2009, Vol. 58(3), 387-398.
- Habermas, Jürgen (1992). Drei normative Modelle der Demokratie: Zum Begriff deliberativer Demokratie, in: Münkler Herfried (Hg.): *Die Chancen der Freiheit. Grundprobleme der Demokratie*, München/Zürich, 11-24.
- Hadler, Markus (2006). Wie demokratiefreundlich sind die EuropäerInnen? (Süd-)ost- und Westeuropa im Vergleich, in: *Sozialwissenschaftliche Rundschau* Vol. 46, 65-85.
- Haller, Max/Gert Feistritzer (2014). *Direkte Demokratie in Österreich. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage*, in: Peter Bußjäger /Alexander Balthasar/Niklas Sonntag (Hg.): *Direkte Demokratie im Diskurs. Beiträge zur Reform der Demokratie in Österreich*, Wien, 95-115.
- Hibbing, John R/Elizabeth Theiss-Morse (2002). *Stealth Democracy. Americans' Beliefs about How Government Should Work*, Cambridge.
- Höglinger, Dominic (2008). Verschafft die direkte Demokratie den Benachteiligten mehr Gehör? Der Einfluss institutioneller Rahmenbedingungen auf die mediale Präsenz politischer Akteure, in: *Swiss Political Science Review* Vol. 14(2), 207-243.
- Inglehart, Ronald (1999). Postmodernization Erodes Respect for Authority, but Increases Support for Democracy, in: Pippa Norris (Hg.): *Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance*, Oxford, 236-256.
- Kaase, Max (1982). Partizipatorische Revolution. Ende der Parteien?, in: Joachim Raschke (Hg.): *Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung*, Opladen, 173-189.
- Kampwirth, Ralph (1999). Volksentscheid und Öffentlichkeit. Anstöße zu einer kommunikativen Theorie der direkten Demokratie, in: Theo Schiller (Hg.): *Direkte Demokratie in Theorie und kommunaler Praxis*, Frankfurt/New-York, 17-68.
- Kitschelt, Herbert (1996). Demokratietheorie und Veränderungen politischer Beteiligungsformen. Zum institutionellen Design postindustrieller Gesellschaften, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* Vol. 9(2), 17-29.
- Klein, Markus (2005). Die Entwicklung der Beteiligungsbereitschaft bei Bundestagswahlen. Eine Mehrebenenanalyse auf der Grundlage der Politbarometer-Trenderhebungen der Jahre 1977 bis 2002, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Vol. 57(3), 494-522.
- Kritzinger, Sylvia et al. (2013), *The Austrian Voter*, Wien.
- Lindner, Clausjohann (1990). *Kritik der Theorie der partizipatorischen Demokratie*, Opladen.
- Locke, John (1967 [1690]). *Zwei Abhandlungen über die Regierung*, hrsg. und eingel. von Walter Euchner, Frankfurt/Wien: Europ. Verlags-Anstalt.
- Lupia, Arthur/John G. Matsusaka (2004). Direct Democracy. New Approaches to Old Questions, in: *Annual Review of Political Science* Vol. 7, 463-482.
- Maduz, Linda (2010). Direct Democracy, in: *Living Reviews in Democracy* Vol. 2, 1-14. Internet: <http://www.livingreviews.org/lrd-2010-1> (Zugriff: 12.12.2014)
- Matsusaka, John G. (2005). The eclipse of legislatures: Direct Democracy in the 21st century, in: *Public Choice* Vol. 124, 157-177.
- Merkel, Wolfgang (2014). *Direkte Demokratie. Referenden aus demokratietheoretischer und sozialdemokratischer Sicht*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Politikanalyse (Internationale Politikanalyse). Internet: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/10581.pdf> (Zugriff: 13.8.2015).
- Müller, Wolfgang C. (1998). Party Competition and Plebiscitary Politics in Austria, in: *Electoral Studies* Vol. 17(1), 21-43.
- Norris, Pippa (1999). Introduction: The Growth of Critical Citizens?, in: *dies.* (Hg.): *Critical Citizens: Global Support for Democratic Governance*, Oxford, 1-30.

- Österreichisches Parlament (2013a). Bürgerinnen und Bürger bringen Themen ein. Petitionen und Bürgerinitiativen im Nationalrat. Internet: http://www.parlament.gv.at/ZUSD/DLFolder/Petitionen-Folder-D_100x210_WEB.PDF (Zugriff: 18.3.2014)
- Österreichisches Parlament (2013b). Volksbegehren, Volksbefragung, Volksabstimmung. Internet: <http://www.parlament.gv.at/> (Zugriff: 4.5.2014)
- Pelinka, Anton (1999). Direkte Demokratie – mehr als nur Illusion, aber kein Rezept, in: SWS-Rundschau 2, 109-119.
- Pelinka, Anton/Sieglinde Rosenberger (2007). Österreichische Politik. Grundlagen, Strukturen, Trends, 3. Aufl., Wien.
- Plasser, Fritz/Peter Ulram (2002). Das österreichische Politikverständnis. Von der Konsens- zur Konfliktkultur?, Wien.
- Rippl, Susanne/Dirk Baier/Klaus Boehnke (2012). Desintegration, Deprivation und die Erklärung rechts-extremer Einstellungen – Befunde einer Studie zur EU-Osterweiterung, in: Wilhelm Heitmayer /Peter Imbusch (Hg.): Desintegrationsmechanismen. Integrationsmechanismen auf dem Prüfstand, Wiesbaden, 289-318.
- Rosenberger, Sieglinde/Gilg Seeber (2007). Zivilgesellschaft durch Direkte Demokratie? Der Bürger im Staat 4, 233-239.
- Rosenberger, Sieglinde/Gilg Seeber (2011). Kritische Einstellungen: BürgerInnen zu Demokratie, Politik, Migration, in: Regina Polak (Hg.): Zukunft. Werte. Europa. Die europäische Wertestudie 1990-2010: Österreich im Vergleich, Wien, 165-186.
- Rousseau, Jean-Jacques (2005 [1762]). Der Gesellschaftsvertrag oder die Grundsätze des Staatsrechtes, Frankfurt/Main.
- Scharpf, Lukas (1975). Demokratie als Partizipation, in: Frank Grube/Gerhard Richter (Hg.): Demokratietheorien. Konzeptionen und Kontroversen, Hamburg, 169-175.
- Schaurhofer, Martin (1999). Teilnehmende Demokratie. Der lange Weg zum selbstbestimmten, politischen Menschen, in: SWS-Rundschau Vol. 39(2), 141-161.
- Schlipphak, Bernd (2012): Verdrossen über PolitikerInnen und die Demokratie? Der Effekt des Vertrauens in PolitikerInnen auf die individuelle Demokratiezufriedenheit in Österreich, In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Vol. 41(4), 345-361.
- Schiller, Theo (2002). Direkte Demokratie. Eine Einführung, Frankfurt/New York.
- Schiller, Theo/Volker Mittendorf (2002). Neue Entwicklungen der direkten Demokratie, in: Theo Schiller /Volker Mittendorf (Hg.): Direkte Demokratie. Forschung und Perspektiven, Wiesbaden, 7-21.
- Schmidt, Manfred (1995). Demokratietheorien. Eine Einführung, Wiesbaden.
- Scholten, Heike/Klaus Kamps (Hg.) (2014). Abstimmungskampagnen. Politikvermittlung in der Referendumsdemokratie, Wiesbaden.
- Schuck, Andreas R. T./Claes H. De Vreese (2011): Public Support for Referendums: The Role of the Media, in: West European Politics Vol. 34(2), 181-207.
- Schumpeter, Joseph (1975). Eine andere Theorie der Demokratie, in: Frank Grube/Gerhard Richter (Hg.): Demokratietheorien. Konzeptionen und Kontroversen, Hamburg, 31-36.
- Smith, Daniel A./Caroline J. Tolbert (2004): Educated by Initiative. The Effects of Direct Democracy on Citizens and Political Organizations in the American States, Ann Arbor.
- Talos, Emmerich (2000). Das politische System in Österreich, Wien.
- Tocqueville, Alexis de (1976 [1835]). Über die Demokratie in Amerika, München.
- Verhulst, Jos/Arjen Nijeboer (2007). Direkte Demokratie. Fakten, Argumente, Erfahrungen, Brüssel.
- Walter-Rogg, Melanie (2008). Direkte Demokratie, in: Oscar W. Gabriel./Sabine Kropp (Hg.): Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt, Wiesbaden, 236-267.
- Welzel, Christian (2007). Are Levels of Democracy Affected by Mass Attitudes? Testing Attainment and Sustainment Effects on Democracy, in: International Political Science Review Vol. 28(4), 397-424.
- Welzel, Christian (2008). Werte und Wertewandelforschung, in: Viktoria Kaina/Andrea Römmele (Hg.): Politische Soziologie. Ein Studienbuch, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 109-139.
- Wirnsberger, Sarah (2014). Neue Perspektiven der politischen Partizipation. Eine empirische Analyse der Einstellungen zur direkten Demokratie in Österreich, Masterarbeit, Institut für Soziologie, Universität Graz.
- Westle, Bettina/Oskar Niedermayer (2009). Orientierungen gegenüber der Demokratie, in: Steffen Kühnel/Oskar Niedermayer/Bettina Westle (Hg.): Wähler in Deutschland. Sozialer und politischer Wandel, Gender und Wahlverhalten, Wiesbaden, 11-29.

Autoren

Sarah Wirnsberger MA, geb. 1985 (Bludenz), ist seit 2014 als Projektmitarbeiterin und Lektorin am Institut für Soziologie Graz beschäftigt. Während sie sich in ihrer Masterarbeit mit der direkten Demokratie in

Österreich auseinandersetzte, beschäftigt sie sich in ihrer Promotionsphase u.a. mit der Impfdebatte und deren Auswirkungen auf individuelle Entscheidungsheuristiken. Dabei bedient sie sich vornehmlich einer (nicht-)wissenssoziologischen Perspektive. Weitere Forschungserfahrungen konnte sie in Bereichen zu wissenschaftlichen Qualifizierungsprozessen mit geschlechtstheoretischem Fokus, der sozialwissenschaftlichen Evaluierung im rechtsmedizinischen Bereich und sozialer Ungleichheit sammeln.

Max Haller, geb. 1947 (Sterzing/Italien), war von 1985 bis 2015 Professor für Soziologie an der Universität Graz und korr. Mitglied der österreichischen Akademie der Wissenschaften. Forschungsschwerpunkte: International vergleichende Sozialforschung, soziale Ungleichheit,

europäische Integration, soziologische Theorie. Jüngere Veröffentlichungen: *Ethnic Stratification and Socioeconomic Inequality Around the World*, Farnham/Surrey (UK): Ashgate 2015, gem. mit A. Eder; Die europäische Integration als Elitenprozess, Wiesbaden 2009; Wissenschaft als Beruf, Österreichische Akademie der Wissenschaften, 2013; Leisure time in modern societies: A new source of boredom and stress?, Social Indicators Research III, 2013 (mit M. Hadler und G. Kaup); Vertiefung oder Erweiterung? Wie die Integration selbst zur Entstehung neuer sozialer Spaltungen in Europa führte und warum ihre Fortführung verhängnisvoll wäre. In: M. Heidenreich (Hrsg.), Krise der europäischen Vergesellschaftung? Wiesbaden 2014

Appendix

Appendix 1: Charakterisierung der abhängigen Variablen der Regressionsanalyse

<i>Einstellungen zum Ausbau der direkten Demokratie</i>	<p>Die Ausprägung dieses Index (Cronbachs Alpha 0,68) reicht von „ganz dagegen“ bis „sehr dafür“. Sie wurde auf Grundlage der folgenden Variablen des Datensatzes gebildet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • „Es wird darüber diskutiert, die direkte Demokratie in Österreich auszubauen. Wie stehen Sie grundsätzlich dazu, dass das Volk mehr mitentscheiden kann – sind Sie da...?“, Antwortmöglichkeiten: „ganz dagegen“ (1) bis „sehr dafür“ (4) • „In der Schweiz haben die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, selbst eine Volksabstimmung einzuleiten, die bei einer mehrheitlichen Befürwortung automatisch zu einem Gesetz wird. Wie sehr wären Sie dafür oder dagegen, diese Möglichkeit auch in Österreich einzuführen?“, Antwortmöglichkeiten: „ganz dagegen“ (1) bis „sehr dafür“ (4)
<i>Zustimmung zu möglichen positiven Effekten (mit Ausbau der direkten Demokratie)</i>	<p>Die Ausprägung dieses Index (Cronbachs Alpha = 0,86) reicht von „ablehnend“ bis „zustimmend“. Variablen: „Höhere Zufriedenheit mit politischem System“; „Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes“; „Mehrheitsentscheidungen sind gut für das Land“; „Höheres politisches Interesse“; „Stärkung der Bundesländer“. Antwortmöglichkeiten: „stimme gar nicht zu“ (1) bis „stimme sehr zu“ (4)</p>
<i>Zustimmung zu möglichen negativen Effekten (mit Ausbau der direkten Demokratie)</i>	<p>Die Ausprägung dieses Index (Cronbachs Alpha = 0,71) reicht von „ablehnend“ bis „zustimmend“. Variablen: „Minderheitenrechte sind bedroht“; „Gefahr von Populismus“; „Nutzen für jene mit Massenmedien hinter sich“; „Parteien würden es ausnutzen“; „Verzögerung politischer Entscheidungen“. Antwortmöglichkeiten: „stimme gar nicht zu“ (1) bis „stimme sehr zu“ (4)</p>
<i>Teilnahmebereitschaft an Verfahren der direkten Demokratie</i>	<p>Die Ausprägung dieses Index (Cronbachs Alpha = 0,86) reicht von „keine Beteiligungsbereitschaft“ bis „hohe Beteiligungsbereitschaft“. Sie wurde auf Basis folgender drei Variablen gebildet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • „Wenn es mehr direkte Demokratie in Österreich geben würde, würden Sie sich daran beteiligen?“ a) Volksbegehren, b) Volksbefragung, c) Volksabstimmung, Antwortmöglichkeiten: „Nein, eher nicht“ (1), „Kommt auf das Thema an“ (2), „Ja, sicher“ (3)

Appendix 2: Deskriptive Statistik der Variablen des linearen Regressionsmodells (metrische Skalierung)

	N=	Minimum	Maximum	Mittelwert	Standard- abweichung
abhängige Variablen (Mittelwert-Indizes)					
<i>Einstellung zum Ausbau der direkten Demokratie</i>	1910	1	4	1,88	0,63
<i>Zustimmung zu möglichen positiven Effekten</i>	1918	1	4	3,04	0,64
<i>Zustimmung zu möglichen negativen Effekten</i>	1900	1	4	2,89	0,58
<i>Teilnahmebereitschaft an Verfahren der direkten Demokratie</i>	1930	1	3	2,31	0,59
unabhängige Variablen					
<i>Politische Partizipation</i>	2011	0	4	1,04	1,13
<i>Haushaltsäquivalenzeinkommen netto</i>	1253	180,86	3449,5	1266,63	602,76

Appendix 3: Deskriptive Statistik der Variablen des linearen Regressionsmodells (nominale/ordinale Skalierung)

	Ausprägung	N=	%
<i>Geschlecht</i>	männlich	945	47
	weiblich	1066	53
<i>Alter in Jahren</i>	15-29	393	21
	30-44	495	24
	45-59	583	29
	ab 60	540	26
<i>Bildungsniveau</i>	Pflichtschule	364	18
	Lehre	832	41
	Fachschule	290	14
	Matura	280	14
	Uni/FH	245	12
<i>Berufsposition</i>	niedrig	253	13
	mittel	1451	73
	hoch	280	14
<i>Zufriedenheit mit der Demokratie</i>	sehr zufrieden	121	6
	eher zufrieden	983	51
	eher nicht zufrieden	599	31
	gar nicht zufrieden	221	12

	Ausprägung	N=	%
<i>Zufriedenheit mit den gewählten VolksvertreterInnen</i>	sehr zufrieden	64	3
	eher zufrieden	549	29
	eher nicht zufrieden	867	45
	gar nicht zufrieden	434	23
<i>Politisches Interesse</i>	niedrig	670	34
	mittel	957	48
	hoch	373	19
<i>Politische Selbsteinstufung</i>	eindeutig links	78	5
	eher links	350	23
	Mitte	769	50
	eher rechts	254	17
	eindeutig rechts	93	6
<i>Parteipräferenz</i>	ÖVP	324	19
	SPÖ	511	30
	FPÖ	209	12
	Grüne	162	10
	andere/keine	475	28